

Rede für den 27.1.2024

Michael Heiny, Geschichtswerkstatt

Mein Name ist Michael Heiny, ich spreche hier für die Geschichtswerkstatt Marburg.

Der heutige Gedenktag ist seit 2005 der Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, verkündet von den Vereinten Nationen, in Israel schon seit 1951 begangen, in Deutschland 1996 als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus eingeführt. Warum der 27. Januar? An diesem Tag 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit.

Viele von uns kennen die Bilder der halb verhungerten Kinder, die den Soldaten der roten Armee ihre Arme mit den eintätowierten Nummern entgegenhalten, sehen das große Lagertor von Birkenau vor sich, einen Eingang zur Hölle. An der Rampe der angekommenen Züge werden die Alten, Kinder und Schwachen ins Gas geschickt, die anderen zu Sklavenarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie gezwungen. Auschwitz ist das weltweite Symbol geworden für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Deshalb gedenken wir heute der Entrechteten, Gequälten und Ermordeten: Es waren die europäischen Juden, die Sinti und Roma, die Kranken und Behinderten, die Homosexuellen, die Zeugen Jehovas, die politischen Gegner: Sozialdemokraten, Kommunisten, Pazifisten, die Männer und Frauen des Widerstands. All jene, die die völkische NS-Ideologie zu Volksfeinden erklärt hatte und gnadenlos verfolgte.

Marburg und sein Landkreis machten keine Ausnahme: von den über 800 jüdischen Menschen, die 1933 hier lebten wurden alle, die nicht rechtzeitig fliehen konnten, in drei Deportationen in KZs verschleppt: Im Dezember 1941 nach Riga, im Mai 1942 nach Lublin, im September 1942 nach Theresienstadt. Ihre Namen kann man an den Gedenkbändern im Marburger Hauptbahnhof lesen, nur wenige von ihnen überlebten. Stolpersteine in der Stadt erinnern an ihr Schicksal.

Im März 1943 wurden 80 Sinti vom Baby bis zu den Großeltern nach Auschwitz deportiert und fast alle ermordet.

Geplant, organisiert und vollzogen hatten dies Landräte, Kreisbedienstete, Bürgermeister, Polizisten. Wer sehen wollte, konnte sehen, wie die Ausgestoßenen gesammelt und vom Marburger Hauptbahnhof mit der Reichsbahn abtransportiert wurden. Vorher hatte man Juden gekennzeichnet, in ihren Lebensäußerungen eingeschränkt, in Ghettohäusern mitten in den Städten eingesperrt – so auch in Marburg. Sinti wurden registriert, festgesetzt, kontrolliert.

Ausgrenzungen kamen nicht nur von oben: Schon im August 33 organisierte die örtliche SA einen Prangerumzug, in dem der jüdische Student Jakob Spier durch die Stadt getrieben wurde. Ein Karnevalswagen mit boshafte Karikaturen von Juden: „Auf nach Palästina“. Es geschah in einer Stadt, die brauner war als andere: Marburg galt in der Weimarer Republik als „Hort der Reaktion“ (Zitat). Hier wählten die Bürger schon 1932 mehrheitlich NSDAP, das waren ca. 15% mehr als der Reichsdurchschnitt. Begeistert, angepasst oder widerstandslos folgten die meisten Marburger der antisemitischen Propaganda, der rassistischen Ausgrenzungs- und Verfolgungspolitik, der Aufrüstung für einen neuen Krieg. Ganz vorn dabei viele Studenten, organisiert in Burschenschaften und Verbindungen, völkisch-nationalistisch, militaristisch und antisemitisch. Sie waren die Speerspitze der NS-Bewegung in Marburg, schon in der Republik bereit zur Gewalt gegen alle, die sie für den vermeintlichen Niedergang Deutschlands verantwortlich machten.

Und nun zur Gegenwart: In Marburg gibt es solche Studenten immer noch oder schon wieder: Vor allem die Burschenschaften Rheinfranken, Normannia Leipzig und Germania mit ihren Verbindungshäusern am Schlossberg fühlen sich als Elite der

rechtsradikalen Bewegung, laden rechte Vordenker wie Höcke oder Alain de Benoist zu Veranstaltungen ein und grölen nicht nur im Suff die alten Wolfslieder, bundesweit vernetzt mit rechtsradikalen Organisationen und Teilen der AFD. Schon 2017 gingen am Rande eines Bundeskongresses der JA, der Jugendorganisation der AFD, der im Haus der Germania stattfand und an dem auch Mitglieder der Identitären Bewegung teilnahmen, verummte Personen mit Schlagstöcken und Pfefferspray gegen dokumentierende Fotografen vor. Gottfried Curio, Bundestagsabgeordneter der AFD, behauptete schon 2019 im hessischen Landtagswahlkampf in Kirchhain, der UNO-Pakt zur Migration habe „die Intention einer Umsiedlungs- und Ersetzungsmigration“ und er warnte „vor der Übernahme respektive der Auslöschung des deutschen Staates durch muslimische Migranten“. Es sind solche Brandstifter, die nun bereits Pläne für eine „Lösung“ diskutieren.

Völkisches Denken ist menschenfeindlich und menschenverachtend. Wer im Umkreis der AFD von „Remigration“ spricht, meint die Austreibung von angeblich Nichtdeutschen und Undeutschen. Diese aber sind unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen, unsere Nachbarn, unsere Kollegen, unsere Bekannten, unsere Freundinnen und Freunde, unsere Familienangehörigen.

Lernen wir aus unserer Geschichte, setzen wir uns solidarisch ein für Gleichheit und Menschenwürde. Stellen wir uns in der Wahlkabine, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft gegen diese Brandstifter und Biedermänner. Nie wieder ist jetzt!